

II- 5 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 5. Nov. 1971

No. 3/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. LEITNER
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Tarifierhöhung bei den Schülermonatskarten

Wie aus Zeitungsmeldungen zu entnehmen ist, sollen die Tarife der Österreichischen Bundesbahnen ab März oder April 1972 erhöht werden. Laut "Kurier" vom 4. November 1971 ist bei den Schülermonatskarten mit einer Anhebung der Tarife um etwa 80 % zu rechnen.

Die Österreichische Volkspartei hat bereits bei der Debatte zum Familienlastenausgleichsgesetz im März 1971 auf die Gefahr hingewiesen, daß durch eine Regelung, die Schülerfreifahrten aus dem Familienlastenausgleichsfonds zu finanzieren, eine Tarifpolitik betrieben werden könnte, die zweifellos nicht zum Vorteil für die Familien ausgehen würde.

Aus gegebenem Anlaß richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1) Hat das BM f. Finanzen bereits einen Überblick über die tatsächliche Höhe der Beträge, die zur Finanzierung der Schülerfreifahrten nach der Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz einschließlich des Rückvergütungsanspruches am Ende des Schuljahres 1971/72 erforderlich sein werden ?
- 2) Welchen Mehraufwand würde die vorgesehene Anhebung der Eisenbahn- und Straßenbahntarife verursachen ?

- 2 -

- 3) Werden Sie eine Regierungsvorlage einbringen, durch die die Bestimmungen des Familienlastenausgleichsgesetzes über die Schülerfreifahrten nach Ablauf der einjährigen Geltungsdauer verlängert werden sollen ?
- 4) Sind Sie im Falle einer Verlängerung dieses Gesetzes bereit, die von der Österreichischen Volkspartei vorgeschlagene Lösung, die Schülerfreifahrten nicht aus dem Familienlastenausgleichsfonds, sondern aus dem Budget zu finanzieren, zu berücksichtigen ?